

# ***Pakt für bezahlbares Leben - Preise runter, Lebensqualität rauf***

***F86/25: Fraktionsbeschluss vom 19. September 2025***

Das Leben muss wieder bezahlbar werden – an der Supermarktkasse, auf der Energierechnung, am Ticketautomat, am Bahnsteig und bei der Mietüberweisung zu Beginn des Monats.

Die Preise des täglichen Lebens sind in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Preise explodieren lassen. Und auch wenn die Inflation inzwischen wieder gesunken ist, bleiben die Preise auf einem hohen Niveau. Im Durchschnitt sind die Preise heute rund 22 Prozent höher als noch vor fünf Jahren. Bei Brot, Kaffee oder Butter spürt jede und jeder von uns die neue Preisrealität fast täglich im Supermarkt besonders deutlich. Seit 2020 sind die Lebensmittelpreise im Schnitt um rund ein Drittel gestiegen, mit einem historischen Höchststand der Lebensmittelinflation von 21 Prozent im März 2023. In vielen Städten sind die Mieten für Studierende, Auszubildende und viele Familien nicht mehr tragbar. Aber auch abseits der Metropolen wird Wohnen immer teurer: Zwischen 2010 und 2024 sind die Nettokaltmieten in Deutschland im Schnitt um 64 Prozent gestiegen.

Die Folge: Das Leben ist für viele Menschen in Deutschland kaum noch bezahlbar. Jede fünfte Person kann sich keinen Urlaub im Jahr leisten, gerade für Alleinerziehende ist Erholung oft nicht drin. Und fast die Hälfte der Menschen hat keine 2.000 Euro Rücklage für Notfälle auf dem Konto. So wird schon die kaputte Waschmaschine zur Katastrophe. Wir wollen, dass das Leben wieder bezahlbar wird.

Grundvoraussetzung dafür sind gute Löhne. Darum wollen wir 15 Euro Mindestlohn, eine Reform des Mindestlohngesetzes<sup>1</sup> und eine Stärkung von Betriebsräten. Und Zukunft kann nur gelingen, wenn wir Gerechtigkeitslücken schließen und nicht zulassen, dass sich in Deutschland eine zunehmende Ungleichheit durch Steuerausnahmen für sehr hohe Erbschaften verfestigt. Darum haben wir viele Vorschläge gemacht, wie wir unser Steuersystem gerechter machen können, die positive Effekte beispielsweise auch auf Wohnkosten haben können.

Für die folgenden vier Bereiche des Alltagslebens schlagen wir einen Pakt für bezahlbares Leben vor: (I) Nahrungsmittel, (II) Mobilität, (III) Energie und (IV) Wohnen.

## ***I. GUTE LEBENSMITTEL, BEZAHLBARE PREISE***

Es läuft etwas falsch – die Preise für viele Lebensmittel schießen durch die Decke, viele können sich den Einkauf fast nicht mehr leisten, und dennoch können viele Bäuerinnen und Bauern immer schlechter vom Verkauf ihrer Produkte leben. Die Marktmacht von vier großen Handelsketten, die 85 Prozent des Umsatzes kontrollieren, und der Lebensmittelkonzerne treibt die Verbraucherpreise und diktiert zugleich den Produzentinnen und Produzenten Dumpingpreise. Die Klimakrise, Dürren, Hitze, Starkregen, Hochwasser verstärken diese Dynamik. Das wollen wir ändern. Wir wollen gute Lebensmittel, die bezahlbar sind. Und wir wollen, dass sich Qualität und ökologische und

---

<sup>1</sup>[Armutsfesten Mindestlohn von 15 Euro sicherstellen](#)



tierfreundliche Lebensmittelerzeugung lohnen. Zugleich werden wir dafür sorgen, dass Agrarindustrie und Lebensmittelkonzerne auch für die ökologischen Folgekosten ihres Handelns aufkommen, damit die Verursacher für Schäden an Natur und Umwelt zahlen, nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Dafür fordern wir ein Maßnahmenpaket, das (1) Transparenz schafft, um die Preistreiberei zu stoppen, (2) faire Verhältnisse am Markt schafft und (3) gute Ernährung für unsere Kinder sicherstellt.

### 1. **Transparenz schaffen – Preistreiberei offenlegen**

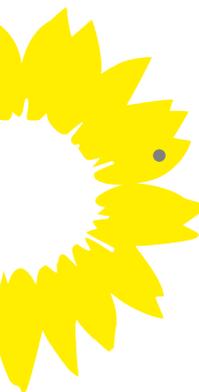
- Wir schaffen eine Preistransparenzstelle, die unbürokratisch an bestehende Strukturen angegliedert wird, und eine FairFood App, die für alle die Preise vergleichbar macht und als Frühwarnsystem vor Preisschocks schützen soll. Handelsriesen melden verpflichtend, kleinere Händler können freiwillig mitmachen. Die FairFood App ist auch als Modul in der Deutschland-App verfügbar.
- Wir beenden Mogelpackungen: Supermärkte müssen Veränderungen bei Packungsgröße oder Gewicht direkt am Preisschild ausschildern, in Anlehnung an das erfolgreiche französische Modell.

### 2. **Allianz für Faire Lebensmittelpreise und gerechte Märkte**

- Freiwillige Allianz für Faire Lebensmittelpreise: Begleitet durch die Preistransparenzstelle stellt der Lebensmitteleinzelhandel einen Warenkorb mit Grundnahrungsmitteln zusammen, die zu festen günstigen Preisen angeboten werden.
- Wenn Preise zum Beispiel durch Krisen explodieren, dürfen große Handelsketten die Krise nicht nutzen, um ihre Gewinnmargen weiter

aufzublähen. Für solche Situationen führen wir nach griechischem Vorbild ein Limit für Gewinnaufschläge ein: Die Marge darf nicht über ein normales Referenzniveau hinaus steigen – orientiert am Preisstand vor dem Schock.

- Um die Verhandlungsposition der Landwirtinnen und Landwirte zu stärken und die Marktmacht der Handelsriesen zu beschränken, soll das Bundeskartellamt eine aktuelle Sektoruntersuchung im Lebensmitteleinzelhandel durchführen. In der Folge sollten alle Möglichkeiten des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zur Anwendung kommen können. Unfaire Handelspraktiken wie Einkauf unter Produktionskosten, nachträgliche Milchpreisfestsetzungen oder Einkauf ohne verbindliche Verträge werden gestoppt.
  - Wir beenden Spekulation mit steigenden Lebensmittelpreisen an den Finanzbörsen, die zu teuren Einkaufskörben führen.
  - Zudem wollen wir eine gesetzliche Spendenpflicht für verzehrfähige Überschüsse einführen – vom Supermarkt bis zur Großküche, damit nicht mehr so viele Lebensmittel im Müll landen.
  - Wir wollen die unfaire Besteuerung verschiedener Lebensmittel ändern. Dass z.B. pflanzliche Milchprodukte erheblich stärker besteuert werden als Kuhmilch, ist nicht gerechtfertigt.
- ### 3. **Kein Kind soll hungrig lernen – kostenfreies, gutes Essen in Schulen und Kitas**
- Damit das nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, wollen wir – wie der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ empfohlen hat – ein kostenfreies und gesundes Schul- und Kitamittagessen für alle Kinder einführen. Dafür muss der Bund den Rechtsrahmen schaffen





und in enger Zusammenarbeit mit den Ländern sicherstellen, dass für die Kommunen keine zusätzlichen Kosten anfallen.

- Diese Investition rechnet sich sofort: bessere Bildungschancen, weniger ernährungsbedingte Krankheiten, weniger Kinderarmut und mehr Wertschöpfung für die Lebensmittelproduktion in der Region.

## **II. BUS, BAHN, BATTERIE –**

### **MOBILITÄT BEZAHLBAR UND VERLÄSSLICH**

Der Umstieg auf Bus und Bahn ist für viele Menschen möglich, wenn der Nahverkehr auf dem Land und in der Stadt bezahlbar und zuverlässig ist. Durch die Reform der Schuldenbremse kann und muss massiv in die Schiene investiert werden, damit die Fahrpläne wieder verlässlich werden. Wir setzen außerdem auf (1) ein noch besseres Deutschlandticket, (2) eine Mobilitätsgarantie für Stadt und Land und (3) ein großes Social Leasing-Programm für E-Autos.

#### **1. Das Deutschlandticket wird zum Familienticket für 49 Euro**

- Der Bund stellt zusammen mit den Ländern sicher, dass das ÖPNV-Angebot ausgebaut wird.
- Das Ticket wird mit einer Deutschlandticket-Garantie dauerhaft im Jahres-Abo zum Preis von 49 Euro abgesichert.
- Kinder und Jugendliche fahren in Zukunft kostenlos mit, wenn ein Erwachsener ein Deutschlandticket hat.
- Das Deutschlandticket wird zum Standard-Jobticket und in Tarifverhandlungen verankert.
- Sozialhilfeempfänger\*innen, Auszubildende,

Freiwilligendienstleistende, Rentnerinnen und Rentner mit wenig Einkommen und Wohngeldbeziehende erhalten bundesweit vergünstigte Varianten - so wie es Studierenden bereits möglich ist. Die Kosten dafür trägt der Bund.

#### **2. Mobilitätsgarantie für Stadt und Land: Günstig überall mobil**

- Der Nahverkehr kommt vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden mindestens im Stundentakt – in dünn besiedelten Regionen mit smarten Ruf- und Taktbussen, und perspektivisch autonom fahrenden Kleinbussen. Deutschland braucht einen ÖPNV-Ausbau- und Modernisierungspakt.
- Damit das Bahnfahren auch spontan bezahlbar wird, wollen wir die Trassenpreise senken.
- 3. Social Leasing: Bezahlbare E-Autos auch mit kleinem Geldbeutel**
- Menschen mit geringem Einkommen sollen Zugang zu verbrauchsarmen Elektroautos bekommen. Durch staatliche Zuschüsse senken wir die Leasingraten und prüfen, wie wir gerade Menschen im ländlichen Raum unterstützen können.
- Wie im erfolgreichen französischen Modell koppeln wir das Social Leasing an die europäische Produktion.
- Die bestehende Ladeinfrastruktur bauen wir nutzerfreundlich aus und sorgen für faire Preise.

## **III. ENERGIERECHNUNG RUNTER,**

### **ERNEUERBARE RAUF**

Günstige erneuerbare Energie darf nicht durch Steuern und Abgaben teuer gemacht werden, sondern muss direkt bei den Menschen ankommen. Erneuerbare sind heute schon die günstigste Stromquelle – doch ihr Preisvorteil kommt zu selten bei





den Menschen an. Das wollen wir ändern, mit (1) Bürgerenergie, (2) Smart Metern, (3) klugem Netzausbau, (4) Energieeffizienz und (5) Teuer-Bremsen durch Transparenz und Beratung.

### 1. **Bürgerenergie: Günstige Erneuerbare in eigener Hand**

- Im letzten Jahr wurden eine Million Solaranlagen installiert. Während Ministerin Reiche die Solarförderung zu stoppen droht, sagen wir: Jetzt braucht es ein Recht auf Solar.
- Wir wollen, dass Nachbarschafts-Energie noch mehr Menschen direkt versorgt: Durch Energy Sharing, also das unkomplizierte Teilen von Strom, können Nachbarinnen und Nachbarn gemeinsam ein erneuerbares Kraftwerk besitzen und sich darüber versorgen - auch über das öffentliche Netz, ohne gleichzeitig alle Pflichten eines Energieversorgers aufgebürdet zu bekommen.

### 2. **Mit Smart Meter günstigen Strom nutzen**

- Masterplan für den beschleunigten Smart-Meter-Rollout und Digitalisierung der Energiesysteme: Mit Smart Metern sowie dynamischen/variablen Tarifen nutzen Haushalte mit PV-Anlagen, E-Autos, Speicher und Wärmepumpen Strom genau dann, wenn er besonders günstig und klimafreundlich ist. Auch Haushalte mit geringen Verbräuchen können mit einfachen, günstigen smarten Zählern ihre Stromrechnung senken. Damit alle profitieren, soll der Bund die Nutzung von Smart Metern bei Menschen mit geringen Einkommen fördern.

### 3. **Netze ausbauen, Strompreise senken**

- Versprechen endlich einlösen: Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß von 0,05 Cent pro Kilowattstunde für alle senken. Eine

Familie würde dadurch rund 100 Euro im Jahr sparen.

- Der Ausbau der Stromnetze ist Bedingung für die Energiewende – und er wird deutlich günstiger, wenn er staatlich vorangetrieben wird. Wir fordern öffentliche Beteiligungen bis hin zu Mehrheits-Staatsbeteiligungen bei essentiellen Infrastrukturen wie Übertragungsnetzen. Die Übernahme des Übertragungsnetzbetreibers Tennet wäre ein wichtiger Schritt.
  - Mit einem festen Brückenstrompreis, der auch den Ausbau der Erneuerbaren treibt, sichern wir Verlässlichkeit für besonders betroffene Unternehmen
  - Um alle Menschen gleichermaßen zu entlasten, wollen wir auch die Absenkung der verbleibenden Umlagen in den Blick nehmen.
- ### 4. **Dämmen statt blechen: Preise runter, Klima schützen**
- Raus aus teurem Gas und Öl, rein in günstige, saubere Wärme – so bleibt Wohnen bezahlbar. Die einkommensabhängige Förderung für Heizungstausch muss mit bis zu 70 Prozent Zuschuss verlässlich fortgeführt, auch die Sanierungsförderung muss nach Einkommen gestaffelt werden und für Menschen mit kleinem Einkommen und geringem Vermögen ausgebaut werden; Einstieg über die geförderte Energieberatung, dann sozial gestaffelte Zuschüsse und Tempo durch serielle Sanierung. Die beste Preisbremse ist die Sanierung der energetisch schlechtesten Gebäude.
  - Außerdem fördern wir weiterhin Projekte, um dezentrale Rechenzentren vor Ort für Wärmenetze nutzbar zu machen.
- ### 5. **Teuer-Bremsen: Transparenz und Beratung**
- Preistransparenz bei Strom und Wärme: Wir wollen einen Transparenz-Booster





für Stromtarife einführen. Stromrechnungen müssen den mittleren Strompreis und die Preisspanne für Neukunden ausweisen, damit alle sofort erkennen, ob ein teurer Altvertrag vorliegt und sich ein Wechsel lohnt. Fernwärme-Kund\*innen schützen wir mit einer bundesweiten Preisaufsicht und verpflichten Fernwärmeversorger zu klarer und nachvollziehbarer Preiskalkulation.

- Energieberatung ausbauen: Energieeffizienz ist unsere stärkste Preisbremse. Wir bauen die Energieberatung der Verbraucherzentralen aus und setzen verbindliche Standards.

#### **IV. BEZAHLBARE MIETEN – DIE WOHNUNGSKRISE BEENDEN**

Alle Menschen haben ein Recht auf ein Dach über ihrem Kopf. Wir wollen, dass Wohnen endlich wieder bezahlbar und zum Ort von Gemeinschaft wird. Dafür braucht es (1) ein großes Um- und Neubauprogramm für bezahlbaren Wohnraum und genossenschaftliches Wohnen, (2) wollen wir Anreize für Gemeinwohl-Vermietung auf den Weg bringen und (3) braucht es eine funktionierende Regulierung der Mieten, die dem Mietwucher den Riegel vorschiebt.

##### **1. Das Bezahlbar-Bauen-Programm: Gemeinnützig bauen, günstig wohnen**

- Seit 2025 gibt es die neue Wohngemeinnützigkeit: Unternehmen verpflichten sich zu dauerhaft niedrigen Mieten und erhalten dafür steuerliche Vorteile. Jetzt wollen wir das auf die

nächste Stufe heben: Ein bundesweites Förderprogramm gibt gemeinnützigen Wohnungsunternehmen einen Eigenkapital-Booster – Investitionszuschüsse bis zu 20 Prozent der Baukosten –, damit schneller und deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht. Die Mittel wachsen auf mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr, zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau

- Neben Neubau fördern wir Umbauten im Bestand: Leerstehende Büros und Läden sowie Dachausbauten können zügig zu Wohnungen werden – mitten in bestehender Infrastruktur.
  - Boden soll als Gemeingut gesichert werden, mit langfristigen Erbbaurechten und dauerhaft preisgebundener Nutzung zugunsten gemeinwohlorientierter Wohn- und Nutzungsformen.
- ##### **2. Anreize für FAIRmietung schaffen**
- Viele Vermieterinnen und Vermieter wollen faire Mieten und gute Nachbarschaften. Mit ihnen, Genossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften ziehen wir an einem Strang. Wer als privater Vermieter freiwillig unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleibt, soll dafür einen steuerlichen Bonus bekommen. Das belohnt Gemeinwohlorientierung, entlastet Mieterinnen und Mieter<sup>2</sup> – und dämpft die Mieten am Markt insgesamt.
  - Gleichzeitig schließen wir Gerechtigkeitslücken bei der Immobilienbesteuerung, die derzeit zu steigenden Preisen am Wohnungsmarkt beitragen, wie zum Beispiel "Share Deals".

---

<sup>2</sup> Konzept, vgl. <https://gemeinwohlwohnungen.de/>



### 3. **Mietenexplosion stoppen – Mietpreisbremse bis regionaler Mietenstopp**

- Mietpreisbremse scharfstellen, Mietwucher stoppen: Wir schließen Schlupflöcher beim möblierten Wohnen und geben Kommunen echte Eingriffsrechte gegen Mietwucher. Bei Missachtung drohen Bußgelder von bis zu 100.000 Euro. Mietsteigerungen kappen: Die Kappungsgrenze besagt, wie stark die Miete innerhalb von drei Jahren maximal erhöht werden darf. Wir wollen die Kappungsgrenze in angespannten Märkten von 15 auf 9 Prozent senken.
- Ein realistischer Mietspiegel ohne Papierchaos: Der Mietspiegel bezieht derzeit in den letzten sechs Jahren geschlossene Mietverträge mit ein. Wir wollen einen Betrachtungszeitraum von 20 Jahren, damit alte, günstigere Mieten zählen. Über ein bundesweites Online-Portal lässt sich der örtliche Mietspiegel einsehen und Verstöße gegen die Mietpreisbremse in weniger als fünf Minuten melden.
- Eigenbedarfskündigungen eindämmen: Wir begrenzen den begünstigten Personenkreis, verlangen den Nachweis von mindestens einem Jahr tatsächlichen Bedarf und führen nach Eigentümerwechsel eine Sperrfrist von fünf Jahren zusätzlich zur geltenden Kündigungsfrist ein.
- Nebenkostenbremse: Die Umlage der Grundsteuer auf die Mieterinnen und Mieter wollen wir beenden. Diese betragen häufig zwischen 150 und 400 Euro im Jahr.
- Obergrenzen für Indexmieten: Wir wollen Fortschreibungen durch den Index für Nettokaltmieten deckeln– das dämpft im Vergleich zur allgemeinen Inflation und ist fair.
- Sanieren ohne Mieterhöhung: Wir wollen energetische Sanierungen warmmietenneutral machen, senken

die Modernisierungsumlage auf drei Prozent und deckeln sie bei max. 1,50 Euro/m<sup>2</sup> (für Heizung bereits maximal 0,50 Euro/m<sup>2</sup>). Gleichzeitig erhöhen wir die Fördermittel im Sinne des Drittelmodells und gewährleisten einen Verbleib dieser bei den Vermietenden. So beenden wir eine mögliche Kostenfalle und machen Sanierungen zum Vorteil für alle und das Klima.

- Regionaler Mietenstopp: Den Bundesländern soll die Möglichkeit gegeben werden, in angespannten Wohnungsmärkten rechtssicher den Anstieg der Mieten bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen für fünf Jahre zu stoppen, etwa indem diese nicht über die ortsübliche Vergleichsmiete hinausgehen dürfen.
- Mietpreisbremse für Gewerbe: Wir sichern bezahlbare Mietpreise auch für Gewerbetreibende mit einer gezielten Mietpreisbremse für kleinteilige Gewerbemiet\*innen mit verbindlichen Kappungsgrenzen und erweiterten Kündigungs-/Verlängerungsrechten.

